

David L. Phillips:

Turkey's Dreams of Accession

Foreign Affairs, Jg. 83, Nr. 5 (September/Oktober 2004), S. 86–97

In seinem Beitrag für das Magazin *Foreign Affairs* verfolgt David L. Phillips grundsätzlich die klassische Argumentationslinie der Befürworter einer etwaigen Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Die Türkei sei ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus und gegen die al-Qaida, im Sinne der Türkei und des Westens müssen die Verhandlungen in ein positives Resultat münden sowie ein Demokratiemodell für die muslimische Welt verkörpern. Eine Ablehnung würde zur Folge haben, dass die innenpolitischen Reformen kollabieren und sowohl der religiöse Extremismus als auch der Antiamerikanismus sich verschärfen.

Sicherlich, eine Zurückweisung seitens der EU würde dem türkischen Reformprozess nicht dienlich sein, dennoch ist hier der bittere Beigeschmack der politischen Erpressung nicht ganz von der Hand zu weisen. Dass allerdings ein Verbleib außerhalb der EU den Antiamerikanismus schüren soll, ist vielleicht doch ein wenig überzogen und gibt ein Beispiel dafür, dass diese Diskussion rasch aus den Ufern gerät und nicht immer ganz auf die eigentliche Sache fokussiert ist.

Phillips gibt einen prägnanten historischen Abriss über die politischen Entwicklungen der Türkei seit Atatürk. Dabei beleuchtet er auch die gewaltigen Probleme, insbesondere Korruption und diverse inkompetente Regierungen. Allein während der neunziger Jahre regierten neun verschiedene Regierungen. Erst die Wahl Recep Tayyip Erdoğans brachte ein wenig Stabilität in das Land. In diesem Zusammenhang müssen fairerweise gewisse Reformbewegungen in den Bereichen Justiz, Strafvollzug, Legislative, hinsichtlich der Minderheitenrechte sowie im ökonomischen Bereich anerkannt werden. Gewiss, immer noch sind strikere zivile Kontrollen gefordert, und der Reformprozess ist weit davon entfernt, um als am Ziel angelangt zu gelten, so Phillips.

Inzwischen ist die Vorstellung einer EU-Mitgliedschaft für viele Türken bereits zu einer Obsession geworden. Liberale und Wirtschaftstreibende erwarten sich mehr Freiheitsrechte und wirtschaftliche Reformen. Politische Minderheiten im Land, insbesondere die Kurden, hoffen auf mehr Chancen für Menschenrechte und Toleranz. Die Islamisten im Land sehen eine Verringerung der Gefahr einer Machtübernahme durch das Militär, und sogar manche Militärs interpretieren einen EU-Beitritt als Aufwertung der territorialen Integrität. Alternativen zur EU-Vollmitgliedschaft, etwa eine „Privilegierte Partnerschaft“ oder ein „Spezialstatus“, wie sie aufgrund von Angst vor moslemischer Ausbreitung und dem Import der Probleme im Nahen Osten nach Europa von vielen Europäern gefordert werden, gelten in Ankara daher als völlig inakzeptabel.

Der Autor kommt in seinem Essay zum Schluss, dass eine EU-Mitgliedschaft der Türkei eine unvorhersagbare Chance für beide sein kann: für die Türkei, um als erfolgreiche, moderne Demokratie in der islamischen Welt glaubwürdig zu erscheinen, und für den Westen, der damit einen starken Partner im Kampf gegen den Terrorismus gewinnt und gleichzeitig den Liberalisierungsprozess in der islamischen Welt vorantreiben kann.

Es ist freilich richtig und muss betont werden, dass die EU-Perspektive zahlreiche und historische Reformen angestoßen hat. Dennoch sollte die Entscheidungsfindung auf Tatsachen beruhen: die Türkei ist nach heutigem Gesichtspunkt immer noch weit von einer vollen Mitgliedschaft entfernt. Es ist daher unerlässlich, nicht allzu viel Gewichtung auf Worte und Plädoyers zu legen, weder auf solche einer kompletten Ablehnung und Nicht-zur-Kennntnisnahme von Reformen, noch auf solche der Beschönigung und reinen PR. Die Türkei soll objektiv nach Taten gemessen werden, die seitens Ankara erfüllt wurden und auch erfüllt werden können (oft bedarf es dazu etwas Zeit), und nicht nach Konzepten.

Vinzenz Kastner